

30 by 30

Was bringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren?

Von Sebastian Tilch

Erscheinungsdatum: 03. Februar 2022

Es ist ein Slogan, den der Weltnaturschutzdachverband IUCN 2016 in die Welt setzte: 30 Prozent der Meere sollten bis 2030 unter Schutz gestellt werden. Dieser wurde so prominent genutzt, dass er nicht nur Eingang in die EU-Biodiversitätsstrategie gefunden hat, sondern auch in den aktuellen Entwurf für die internationalen Naturschutzziele der CBD. Ob diese Zahl nach den Verhandlungen bei der Vertragsstaatenkonferenz COP 15 in Kunming/China so noch im Beschlussdokument stehen wird, ist alles andere als sicher. Außerdem kommt es sehr darauf an, worauf sie bezogen wird und was die Länder daraus machen.

Frankreich hat vor kurzem angekündigt, elf Meereschutzgebiete rund um La Réunion einzurichten. Diese sollen über die Hälfte der 313.360 Quadratkilometer großen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Insel abdecken und Meereslebensräume wie Korallenriffe und Seegras sowie felsige und sandige geologische Formationen schützen. Réunion gehört seit 1946 zu Frankreich und ist somit Teil der Europäischen Union. Mit seinen vielen überseeischen Gebieten, die in allen Ozeanen der Erde verstreut sind, hat Frankreich die größte AWZ der Welt. Sie ist fast 12 Millionen Quadratkilometer groß und umfasst etwa acht Prozent der Fläche aller AWZ der Welt. Zum Vergleich: Deutschlands AWZ erstreckt sich auf knapp 33.000 Quadratkilometern.

Schutzgebiete gehören Expertinnen und Experten zufolge zu den effektivsten Mitteln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Bis 2020, so hatten sich die Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) 2010 vorgenommen, sollten zehn Prozent der Küsten- und Meeresgebiete, insbesondere Gebiete von besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und für die Ökosystemleistungen, effektiv geschützt sein (AICHI-Ziel 11). Bisher sind nur knapp acht Prozent der Weltmeere geschützt, 2,8 Prozent davon streng.

30 Prozent der Meere unter Schutz stellen ist laut Wissenschaft ein absolutes Minimum



Korallenriffe gehören zu den artenreichsten aber auch gefährdetsten Lebensräumen der Welt. Vor allem macht ihnen die Ozeanerwärmung und -versauerung zu schaffen. Bei einer globalen Klimaerwärmung von 2 Grad erwartet der Weltbiodiversitätsrat IPBES, dass 99 Prozent der Riffe verloren gehen. Bild: Pixabay

Schon 2010 war klar, dass die vorgenommenen zehn Prozent nicht ausreichen würden, um die in der CBD vereinbarten Schutzziele zu erreichen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten zwischen 20 und 40 Prozent vorgeschlagen (Gell & Roberts 2003; Gaines et al. 2010). 2016 kamen O'Leary et al. zu dem Schluss, dass selbst 30 Prozent unter Umständen nicht reichen würden. Im selben Jahr rief dann unter anderem der Weltnaturschutzdachverband IUCN bei seinem Weltkongress die Forderung „30 by 30“ aus. Bis 2030 sollten 30 Prozent der Weltmeere unter effektivem Schutz stehen.

Dieses Ziel ist nun auch von der CBD in ihren aktuellen Entwurf ([First draft](#)) als Ziel 3 übernommen worden, sowohl für die Meere als auch das Land. Sollte dieses Ziel tatsächlich so beschlossen werden, stellt sich natürlich die Frage, nach welchen Kriterien die Gebiete ausgesucht werden sollten. Biodiversität ist im Ozean nicht gleichverteilt. Wie auch an Land gibt es mega-diverse Ökosysteme, zum Beispiel Korallenriffe, Küstenlebensräume wie Seegraswiesen oder Kelpwälder, Unterseegebirge, aber auch sogenannte „blaue Wüsten“, der riesige Wasserkörper mitten in den Ozeanen, wo sich kaum höhere Lebewesen aufhalten.

Vorschlag für ein neues CBD-Ziel 3: „Sicherstellen, dass weltweit mindestens 30 % der Land- und Meeresgebiete, insbesondere der Gebiete mit besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und ihren Beitrag für die Menschen, durch wirksam und gerecht verwaltete, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Systeme von Schutzgebieten und andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen erhalten und in die weiteren Landschaften und Meereslandschaften integriert werden.“

Expertinnen und Experten haben für die CBD schutzwürdige Meeresgebiete identifiziert

Die CBD hat bereits 2008 einen Prozess gestartet, in dem Expertinnen und Experten wissenschaftliche Kriterien aufstellen (siehe unten, blau hinterlegt) und entsprechende Gebiete identifizieren sollen. Ausschlaggebend soll der intrinsische Wert der marinen Biodiversität sein; ökonomische oder politische Interessen sollen hingegen keine Rolle spielen. Seit 2010 wurden in regionalen Workshops, etwa für den Nordpazifik, das Mittelmeer, die Ostsee, die Arktis, oder den südlichen Indischen Ozean, weltweit 321 ökologisch oder biologisch bedeutsame Meeresgebiete, identifiziert. Diese so genannten EBSAs (Ecologically or Biologically Significant marine Areas) wurden in den letzten Jahren sukzessive – nach zusätzlicher Prüfung durch den wissenschaftlichen Ausschuss der CBD (SBSTTA) – größtenteils von den Vertragsstaaten angenommen und in das „CBD EBSA Repository“ übernommen.

EBSA Kriterien

- Einzigartigkeit oder Seltenheit
- Besondere Bedeutung für Lebensstadien von Arten
- Bedeutung für bedrohte, gefährdete oder im Rückgang befindliche Arten und/oder Lebensräume
- Anfälligkeit, Verletzlichkeit, Empfindlichkeit oder langsame Erholung
- Biologische Produktivität
- Biologische Vielfalt
- Natürlichkeit

Der letzte regionale Workshop befasste sich 2019 mit potenziellen Gebieten im Nordatlantik. Die von den Expertinnen und Experten dort vorgeschlagenen 17 EBSAs sollen von der COP 15 angenommen werden. Die Gebiete im Repository der CBD decken aktuell 20 Prozent der globalen Meeresfläche ab. Diese haben jedoch keinerlei bindenden Status: Es bestehen weder Verpflichtungen für zuständige Nationen zum Management, noch dafür, diese überhaupt als Schutzgebiet auszuweisen.

Der EBSA-Prozess ist damit jedoch nicht abgeschlossen. Die ersten Gebietsbeschreibungen sind bereits gut zehn Jahre alt. Vielerorts haben sich die Bedingungen oder wissenschaftlichen Erkenntnisse geändert, wodurch die Beschreibungen einzelner EBSAs aktualisiert und angepasst werden müssten. Zudem wurden in den bisherigen regionalen Workshops nicht sämtliche Meeresgebiete evaluiert und auch noch nicht alle Lebensräume oder Arten, wie etwa Wale, systematisch betrachtet. Für solche Änderungen und Beschreibungen weiterer Gebiete gibt es jedoch derzeit bei der CBD noch kein Prozedere. Die Verhandlungen dazu bei den letzten beiden CBD COPs scheiterten an den Bedenken einiger Staaten, Nutzungsrechte zu verlieren. Diese Debatten werden also auch bei der COP 15 weitergehen.

Muss Biodiversitätsschutz jegliche Nutzung ausschließen?

Dass in Ziel 3 des künftigen finalen Vertrags der CBD tatsächlich am Ende auch „30 by 30“ steht, ist allerdings alles andere als selbstverständlich, meint Tim Packeiser, Experte für internationalen Meeresschutz des WWF, der die CBD-Verhandlungen seit vielen Jahren begleitet. „Da gibt es zum einen solche Staaten, die sagen, dass ihnen Schutzgebiete auf 30 Prozent ihrer terrestrischen und marinen Hoheitsgebiete generell zu viel und gar nicht umsetzbar sind.“ Der größte Widerstand komme allerdings aus einer eher überraschenden Richtung: den lokalen und indigenen Gemeinschaften. Diese störten sich vor allem an der Vorstellung, wie auch von einigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gefordert, dass Schutzgebiete grundsätzlich von sämtlichen Nutzungen ausgeschlossen sein müssten. Diese so genannten „No-Take-Zones“ würden ihnen ihre traditionellen Nutzungen untersagen.

„Mit dieser grundsätzlichen Forderung haben sich diese NGOs keinen Gefallen getan“, sagt Packeiser. Um diese Bedenken aufzulösen, habe der WWF ein etwas differenzierteres Konzept zur Umsetzung entworfen, das Nutzungen nicht per se ausschließt sondern an die entsprechenden Schutzziele der Gebiete und die lokalen Bedingungen und Bedürfnisse anpasst.

Ähnlich kritisch zu den Forderungen einzelner Umweltverbände zu No-Take-Zones äußert sich der Leiter des Thünen-Instituts für Ostseefischerei Christopher Zimmermann, der deutscher Vertreter im Advisory Committee des Internationalen Rates für Meeresforschung und wissenschaftlicher Ratgeber für Bundes- und Landespolitik, die EU-Kommission und -parlament ist. „Umweltverbände und -behörden bestehen auf der „höchsten Schutzkategorie“, also No-Take-Zones. „Ob das sinnvoll ist, ist aber abhängig vom Schutzzweck. Sollen in einem Gebiet beispielsweise Kaltwasserkorallen erhalten werden, die in großer Wassertiefe am Meeresboden vorkommen, könnte man ohne Weiteres auch darüber pelagische Fischarten fischen.“

Tiefseebergbau zunehmende Bedrohung für marine Biodiversität



Widerstand gegen „30 by 30“ kommt überraschenderweise auch von den Indigenen und lokalen Gemeinschaften, die befürchten, ihrer traditionellen Fangrechte beraubt zu werden. Bild: Pixabay

Zimmermann möchte ausdrücklich nicht als Verteidiger der Fischereilobby verstanden werden. Schutzgebiete lehnt er nicht ab, auch nicht das vorgeschlagene 30-Prozent-Ziel der CBD. Wo wertvolle Lebensräume vorhanden sind, müssen diese auch geschützt werden. Man müsse es aber richtig machen, sprich, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren.

Allerdings würde bei der Debatte um Schutzgebiete meist als erstes die Fischerei an den Pranger gestellt. Dabei hätten andere wirtschaftliche Aktivitäten wie Sand- und Kiesabbau sowie Windparks und Schiffsverkehr oft ebenso großen Einfluss auf die Meeresumwelt, meint Zimmermann. Wenn es jedoch um die Umsetzung der Energiewende oder den Bausektor ging, ließ zumindest das Wirtschaftsministerium der letzten Regierung nie einen Zweifel aufkommen, dass man hier der Nutzung Vorrang vor Schutzgebieten einräume. „Und da schauen dann sowohl Naturschützer als auch Fischer in die Röhre.“

Zimmermann hält eine gesellschaftliche Abwägung für nötig: „Im Vergleich zu den meisten anderen Tieren ist Fisch der umweltfreundlichste Eiweißlieferant. Meist ist dieser nun mal in biodiversitätsreichen Gebieten zu finden, denn er gehört ja dazu. Mehr Schutz bedeutet eben auch weniger Fischertrag.“

NGOs und Politik versprechen globale Win-win-Situation durch Meeresschutzgebiete für Biodiversität, Klima und Fischerei

Und damit widerspricht er vehement dem Narrativ, das in der Politik und im Naturschutz kursiert: Dass Meeresschutzgebiete nur Gewinner brächten: Höhere Biodiversität, mehr Klimaschutz und – vor allem – mehr Erträge. Dies legte 2021 ein Artikel von Sala et al. in der Zeitschrift Nature nahe, der die höchste mediale Aufmerksamkeit aller Meeresforschungsveröffentlichungen der letzten Jahre auf sich zog. Dort heißt es, dass eine Umwandlung von 5 bis 90 Prozent der Meeresflächen in „No-Take-Zones“ die marine Nahrungsproduktion um 20 Prozent erhöhen würde. Inzwischen wurde jedoch die ursprüngliche Publikation, die [Sala et al.](#) zu dieser Aussage zitieren, wegen grober Mängel zurückgezogen. Unter anderem war dort fälschlicherweise angenommen worden, dass die Fischbestände grundsätzlich global vernetzt seien und sich ausgleichen würden. Auch die Behauptung, die Grundnetzfisherei setze so viel CO2 frei wie die gesamte zivile Luftfahrt der Welt, wird von Expertinnen und Experten wegen völlig unrealistischer Annahmen als inkorrekt abgelehnt.

„Ich finde jede politische Forderung nach mehr Meeresschutzgebieten völlig legitim. Wenn argumentiert wird, wir hätten an Land schon so viel kaputt gemacht, jetzt lassen wir wenigstens die Meere in Ruhe, habe ich damit gar kein Problem“, meint Zimmermann. „Ich störe mich nur daran, wenn Widerstände etwa der Fischer mit wissenschaftlicher Evidenz ausgeräumt werden, die nachweislich falsch ist.“

„Ich persönlich bin gegenüber Modellierungen, die für die diversen Weltmeere solche pauschalen Aussagen machen, wie ‘X Prozent mehr Schutzgebiete bringen Y Prozent mehr Fischereierträge’, sehr zurückhaltend“, sagt auch Packeiser. „Ohne Berücksichtigung von Informationen, wo genau und zu welchem Zweck Schutzgebiete eingerichtet werden und wie diese mit konkreten Maßnahmen geschützt werden, lassen sich solche Aussagen kaum verlässlich treffen.“ Grundsätzlich seien die positiven Effekte von Meeresschutzgebieten – unter anderem auch auf Fangerträge auf lokaler Ebene – jedoch vielfach nachgewiesen worden.

Das bestätigt auch Zimmermann. Die pure Zahl „30 Prozent mehr Meeresschutzgebiete“ hält er jedoch nur bedingt für sinnvoll, denn die sage nichts über die Wirksamkeit der Schutzgebiete

aus. „Beispielsweise rühmt sich Frankreich aktuell mit seiner Ankündigung, die Meeresregion rund um „La Réunion“ unter Schutz zu stellen. Da gibt es aber jenseits des schmalen Schelfgebietes kaum etwas, weder besonders wertvolle Biodiversität noch gefährdende Aktivitäten.“

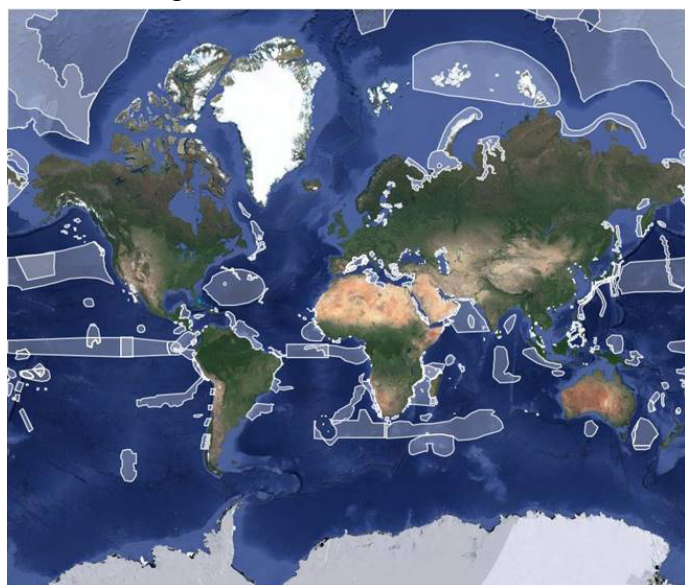
Die reine Zahl wird es nicht richten

Der derzeitige Wettlauf um Fläche macht für Zimmermann keinen Sinn. „Wir müssen vielmehr herausfinden, wo die schutzwürdigen Zonen sind und dann ein Netzwerk von Schutzgebieten aufbauen, damit sich diese gegenseitig erhalten.“ Viel sinnvoller sei es aus seiner Sicht, die Schutzgebiete nicht in der „Blauen Wüste“, sondern in die Küstenzonen zu legen, wo die wertvollsten Lebensräume zu finden sind. Da würden dann vielleicht auch 15 Prozent schon reichen.

Gerade die Hohe See bei den künftigen Schutzgebieten einzubeziehen, ist allerdings für Packeiser ein äußerst wichtiges Ziel. Meeresgebiete, die jenseits der nationalen Rechtsprechung der Küstenstaaten liegen, bedecken fast die Hälfte der Erdoberfläche, und nur ein geringer Anteil dieser Gebiete ist bis heute wissenschaftlich erkundet. Laut Schätzungen sind gerade mal fünf Prozent der rund 300 Millionen Quadratkilometer Meeresboden untersucht. Entsprechend wäre bezüglich der Regulierung von menschlichen Aktivitäten in der Hohen See in jedem Fall das Vorsorgeprinzip anzuwenden. Die wenigen untersuchten Gebiete zeigen jedoch, dass die Tiefsee sehr diverse und durchaus artenreiche Lebensräume beherbergt: geologische Formationen wie Tiefseegräben und Unterwassergebirge, Schwarze Raucher, Frontalzonengebiete, wo sich polare und tropische Wassermassen treffen, etc.

Es mangelt also nicht an Gebieten, die biodivers, produktiv oder einzigartig in der Beschaffenheit sind. Tatsächlich sind die meisten dieser Gebiete in der Hohen See nicht nur durch die Fischerei, sondern auch durch Ölförderung oder neuerdings Tiefseebergbau gefährdet. Gerade bezüglich des bis dato noch nicht genehmigten Tiefseebergbaus klopfen Nationen und Unternehmen zunehmend ungeduldig an die Tür der Vereinten Nationen. Aktuell etwa der pazifische Inselstaat Nauru, der auf eine Lizenz zur Gewinnung von Manganknollen hofft.

Nun ist die Internationale Meeresbodenbehörde gefragt, so schnell wie möglich ihr Regelwerk aufzustellen. „Da ist gerade ziemlicher Druck im Kessel“, meint Packeiser. „Und an dieser Stelle sehen sich Fischereiverbände mit Umweltschutzorganisationen plötzlich zusammen auf einer Seite. Denn während die UN die Fischerei an einigen Seebergen bereits eingeschränkt hat, wollen Konzerne hier ganze Flanken abtragen.“ Gemeinsam mit vielen anderen NGOs, zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie neuerdings auch globalen Unternehmen wie BMW Group, Volvo Group, Google, Samsung SDI fordert der WWF ein Tiefseebergbau-Moratorium, bis der Schutz der Meeresumwelt durch ein entsprechend sorgfältiges Regelwerk sichergestellt ist.



Übersicht über alle bisher im Rahmen der CBD von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern identifizierten ökologisch oder biologisch bedeutsame Meeresgebiete (EBSAs), die als Grundlage für die Ausweisung von Schutzgebieten dienen können. Bild: 2022 NASA, Terra-Metrics / Google Karte <https://www.cbd.int/ebsa/>

Für Schutzgebiete auf Hoher See fehlt noch der rechtliche Rahmen

Ein Regelwerk fehlt vor allem auch noch dafür, dass international bindende Schutzgebiete überhaupt auf der Hohen See eingerichtet und gemanagt werden können. Den übergeordneten rechtlichen Rahmen dafür bietet das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ), das 1982 in Kraft trat und unter anderem die Territorialrechte auf See, die ausschließlichen Wirtschaftszonen und den Umgang mit dem Meeresboden jenseits der Grenzen des Festlandsockels

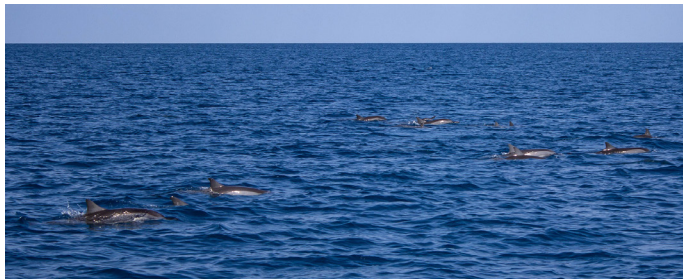
bestimmt. Außerdem werden Schutz und Erhaltung der Meeresumwelt, die wissenschaftliche Erforschung sowie Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie geregelt.

Auch hier gestaltet sich der Prozess schwierig. Seit 2019 laufen entsprechende Verhandlungen bei den Vereinten Nationen, die in einem Ergänzungsabkommen unter dem SRÜ münden sollen. Drei von vier entsprechenden Verhandlungsrunden haben bereits stattgefunden. Die nächste und offiziell vorerst letzte ist aktuell für März 2022 angesetzt. Packeiser rechnet aber damit, dass weitere Verhandlungen nötig sein werden, um die noch immer offenen Fragen zu klären, etwa die Zuständigkeit für das Management zukünftiger Schutzgebiete auf Hoher See. Ein solches SRÜ-Ergänzungsabkommen zum Schutz der Hohen See wäre aber die Voraussetzung, um Beschlüsse der CBD zur Einrichtung von Schutzgebieten auf Hoher See umsetzen zu können.

Eine Garantie, dass die Staaten bei einer erfolgreichen Annahme des „30 by 30“-Ziels dann auch die EBSAs der CBD berücksichtigen und dort ihre Schutzgebiete einrichten, gibt es allerdings nicht. „Wenn es um die internationalen Gewässer der Hohen See geht, kann die CBD leider nicht viel mehr machen als die für Fischerei, Schifffahrt oder Tiefseebergbau in der Hohen See zuständigen internationalen Organisationen auf die bereits vorhandenen EBSA-Gebietsbeschreibungen hinzuweisen, was sie auch tut“, sagt Packeiser. Einige Staaten hätten bei den Verhandlungen über das Hohe See-Abkommen auch eingefordert, die im Rahmen der CBD erzielten Ergebnisse zu nutzen. Die jüngste Ankündigung Frankreichs zur Ausweisung weiterer Schutzgebiete in den Gewässern rund um Réunion zeigt, dass Staaten sich nicht an den EBSA-Beschreibungen orientieren müssen, denn diese Gewässer wurden zuvor nicht als EBSAs beschrieben. Packeiser ist dennoch optimistisch, dass die EBSAs eine Rolle spielen werden, wenn das Ziel, wie nun im ersten Entwurf der neuen CBD-Naturschutzziele formuliert, von der COP 15 beschlossen wird.

Abgesehen von der Diskussion um die Zahlen dürfte sich Packeiser zufolge an der Formulierung des Zieles 3, wie sie im aktuellen Entwurf steht, kaum noch etwas ändern.

Entscheidend sei allerdings, wie die Zuständigkeiten verteilt würden: 30 Prozent Schutzgebiete innerhalb der jeweiligen nationalen Meeresgewässer der Küstenstaaten oder 30 Prozent Schutzgebiete bezogen auf die weltweite Meeresfläche – einschließlich der internationalen Gewässer? „Schlimm wäre es, wenn sich die Formulierung am Ende nur auf die Gewässer der Küstenstaaten bezieht. Dann bliebe die Hohe See und damit fast die Hälfte unseres Planeten außen vor, und das wäre fatal“, sagt der Meeresökologe. Ein rein globaler Bezug des 30-Prozent-Zieles wiederum würde den Staaten ermöglichen, die Verantwortung abzuschieben. „Optimal wäre also eine Formulierung mit Vorgaben zur auszuweisenden Schutzgebietsfläche sowohl in den Küstengewässern als auch auf der Hohe See“, so Packeiser.



Gerade für ziehende Tierarten wie Delfine aber auch viele Fischarten ist es notwendig, Schutzgebiete miteinander zu vernetzen. Bild: Pixabay

Deutschland bislang kein Vorzeigeland für effektiven Meeresschutz

Ob die Erhaltung der Biodiversität in den Meeren dann auch gesichert ist, hängt allerdings im Wesentlichen von der Umsetzung der Naturschutzziele durch die zuständigen Staaten ab, und darauf hat die CBD kaum Einfluss. Prominentes Beispiel dafür ist Deutschland. Das hat inzwischen sogar 45 Prozent seiner Meeresgebiete nominell unter Schutz gestellt (rund 43 Prozent der Nordsee und 51 Prozent der Ostsee) und damit das CBD-Ziel von 2010 von zehn Prozent bis 2020 weit übererfüllt. Dennoch wurde Deutschland wegen Versäumnissen von der Europäischen Kommission verklagt. Denn über Jahre ruhte man sich auf den bloßen Zahlen aus, setzte die Ausweisung aber nicht um, vor allem, um sich keine Steine für die Fischerei und die Energiewende in den Weg zu legen.

So gibt es in den Schutzgebieten in Nord- und Ostsee auch bislang nur sehr begrenzt Einschränkungen für wirtschaftliche Aktivitäten.

Zusätzlichen Druck sowohl auf Deutschland als auch die CBD übt die EU mit ihrer neuen Biodiversitätsstrategie aus. Hier ist „30 by 30“ bereits festgeschrieben, sowohl im Meer als auch an Land; ein Drittel der Flächen soll gar streng geschützt werden. Vor ein paar Tagen hat die EU-Kommission in einem [Arbeitspapier](#) auch Vorschläge zu den Kriterien gemacht, nach denen neue Gebiete ausgesucht werden sollen.

Thünen-Institutsleiter Zimmermann fordert klare Grenzen für Nutzungen: „Wo zum Beispiel in der Ostsee Schutzgüter wie Riffe zu bewahren sind, haben grundberührende Fischereipraktiken nichts zu suchen“, sagt er. Aber er ist dagegen, die Fischerei kategorisch aus allen Schutzgebieten zu verbannen. „Das macht weder wirtschaftlich noch naturschutzbezogenen Sinn“, sagt er. Einen wirksamen Schutz für Schweinswale hingegen könne man nur durch spezifische Maßnahmen überall erreichen, „weil die Schutzgebiete so klein und die Wale so mobil sind“.

Dass der Meeresschutz sich auch im Rahmen der CBD nicht auf Schutzgebiete beschränkt, ist die Hoffnung beider Experten. Denn weitere global wirkende Treiber wie Plastikmüll, Schadstoffe oder die Klimaerwärmung spielen eine mindestens ebenso große Rolle wie die Nutzung. Nur wenn auch hier in den kommenden Jahren wesentliche Fortschritte gemacht werden, wird der Verlust der wertvollen marinen Lebensräume und damit der Artenvielfalt zu stoppen sein. Die wesentlichen Entscheidungen darüber müssen allerdings in Ressorts wie der Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr fallen. In der „Kunming-Erklärung“, die die CBD-Vertragsstaaten bei einem Auftakttreffen der CBD-COP 15 im letzten Oktober verabschiedeten, geloben sie „die Stärkung sektorübergreifender Koordinierungsmechanismen für die biologische Vielfalt“. Nicht zum ersten Mal.

Mehr Informationen über **NeFo**, das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung, und die „Kommunikationsoffensive Biodiversität 2021“ gibt es unter www.biodiversity.de

Empfohlene Zitierweise

NeFo (2022): 30 by 30. Wasbringen mehr Schutzgebiete der Biodiversität in den Meeren? Themenschwerpunkt im Januar.

Online verfügbar:

<https://www.ufz.de/nefo/index.php?de=48989&nopagecache>